

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Antje-Marie Steen, Carl Ewen, Robert Antretter, Friedhelm Julius Beucher, Rudolf Bindig, Marion Caspers-Merk, Klaus Daubertshäuser, Dr. Peter Eckardt, Dr. Konrad Elmer, Elke Ferner, Iris Gleicke, Karl Hermann Haack (Extertal), Klaus Hasenfratz, Reinhold Hiller (Lübeck), Lothar Ibrügger, Dr. Ulrich Janzen, Susanne Kastner, Klaus Kirschner, Regina Kolbe, Walter Kolbow, Rolf Koltzsch, Volkmar Kretkowski, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Robert Leidinger, Klaus Lohmann (Witten), Dr. Dietmar Matterné, Heide Mattischeck, Herbert Meißner, Dr. Franz-Josef Mertens (Bottrop), Siegmars Mosdorf, Albrecht Müller (Pleisweiler), Christian Müller (Zittau), Dr. Rolf Niese, Günter Oesinghaus, Manfred Opel, Dr. Helga Otto, Siegfried Scheffler, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Bodo Seidenthal, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Ernst Waltemathe, Ralf Walter (Cochern), Barbara Weiler, Lydia Westrich, Inge Wettig-Danielmeier, Dr. Margrit Wetzel, Hermann Wimmer (Neuötting), Berthold Wittich, Hanna Wolf, Uta Zapf, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Antje-Marie Steen, Carl Ewen, Hans Gottfried Bernrath, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 12/3649, 12/5086 —**

Reisemöglichkeiten für behinderte Menschen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ziel einer demokratischen und humanen Gesellschaft ist es, die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu fördern und die Würde des Menschen zu wahren. Dieses setzen wir als Selbstverständlichkeit für alle Mitglieder der Gesellschaft voraus. Die Lebenswirklichkeit zeigt, daß diese Forderung zur Führung eines selbstbestimmten Lebens für behinderte Menschen nur in begrenztem Maße möglich ist. Ziel einer auf Gleichstellung und Integration ausgerichteten Politik muß sein, Ausgrenzung und Isolation zu verhindern. Daraus folgt, daß wir die Gestaltung unseres Lebensumfeldes an den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderung ausrichten und nicht umgekehrt voraussetzen, daß sich diese anzupassen haben. Das ist keine Forderung

nach Privilegien, sondern bedeutet mehr Lebensqualität für alle. Es muß bewußt gemacht werden, daß nur durch eine weitgehend barrierefreie Umwelt der Anspruch auf Mobilität und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erfüllt werden kann.

Mobilität, Freizeitgestaltung und Reisen sind wichtige Bestandteile dieses Ansatzes. Trotz langjähriger Diskussion und vielfältiger Initiativen sind wir vom Ziel eines barrierefreien Reisens aber immer noch weit entfernt. Beginnend bei der erschwerten oder völlig fehlenden Zugänglichkeit vieler Gebäude und Verkehrsmittel bis hin zu Detailfragen, die die tägliche Lebensgestaltung berühren, bestehen auch heute noch zahlreiche Hürden.

So macht auch die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Reisemöglichkeiten für behinderte Menschen“ deutlich, daß unverändert erhebliche Defizite bestehen und die Bundesregierung den Antrag „Reisen und Behinderte“ (Drucksache 11/7425 vom 19. Juni 1990), der von einer breiten Mehrheit im Deutschen Bundestag getragen wurde, nur halbherzig umgesetzt hat.

Besonders problematisch ist, daß nicht einmal bei Neuplanungen von einer barrierefreien Ausgestaltung ausgegangen werden kann. Dies ist zum einen Ergebnis einer gedanklichen Ausgrenzung und Nichtwahrnehmung der Menschen mit Behinderungen und ihrer Bedürfnisse. Argumentiert wird außerdem immer wieder mit dem angeblich fehlenden Bedarf und den zusätzlichen oder unverhältnismäßigen Kosten. Dieser Ansatz ist jedoch schon vom Grundsatz her verfehlt. Behinderte Menschen haben ein Anrecht auf gesellschaftliche Gleichstellung. Die Durchsetzung dieses Rechts darf – auch in Zeiten enger werdender finanzieller Spielräume – nicht abhängig gemacht werden von finanziellen Erwägungen.

Aber selbst in finanzieller Hinsicht sind diese Argumentationen oft kurzsichtig. Denn nachträgliche Umbauten und Korrekturen sind in der Regel erheblich kostenträchtiger als eine frühzeitige Berücksichtigung der Belange behinderter Nutzerinnen/Nutzer. Ein Teil der Maßnahmen wie die Tieferhängung von Telefonen und Fahrplänen verursacht keinerlei Mehrkosten. Um den Anforderungen der unterschiedlichen Behinderungen Rechnung zu tragen, ist daher eine frühzeitige Beteiligung bis hin zur Gebrauchsabnahme durch die Betroffenen selbst entscheidend. Verfälscht wird die Kostenbetrachtung weiter durch eine verengte, auf Teilbereiche bezogene Sichtweise. So wird beispielsweise übersehen, daß eine barrierefreie Ausstattung des öffentlichen Personennahverkehrs andererseits Einsparungen durch den weitgehenden Verzicht auf teure Sonderfahrdienste ermöglicht.

Unberücksichtigt bleibt auch, daß ein barrierefreies Angebot eine entsprechende, erhöhte Nachfrage nach sich zieht. Mit einem Bevölkerungsanteil von derzeit schätzungsweise 10 Mio. bilden allein mobilitätseingeschränkte Menschen schon heute

eine wichtige Gästegruppe. Aufgrund der demographischen Entwicklung wird dieser Anteil in Zukunft weiter ansteigen. Hinzu kommen mitreisende Familienangehörige. Eine barrierefreie Ausstattung trägt damit zur Erschließung eines weit über den Kreis der behinderten Touristinnen/Touristen hinausgehenden Gästepotentials bei.

Darüber hinaus muß durch Qualitätsverbesserungen den steigenden Ansprüchen aller Gäste Rechnung getragen werden. Hierbei lassen sich, wie beispielsweise beim Trend zu größeren Sanitärbereichen, barrierefreie Ausstattungen relativ problemlos integrieren. Außerdem kommen viele barrierefreie Maßnahmen wie Bordsteinabsenkungen oder Tieferlegung von Apparaturen oder eine barrierefreie Ausgestaltung des ÖPNV anderen Bevölkerungsgruppen, ob Kindern, Eltern mit Kindern, älteren Menschen oder Radfahrerinnen/Radfahrern zugute.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Anstrengungen zu verstärken, um barrierefreies Reisen zu ermöglichen und die Forderungen des Antrags „Reisen und Behinderte“ (Drucksache 11/7425 vom 19. Juni 1990) unverzüglich umzusetzen. Dies erfolgt, soweit erforderlich, im Zusammenwirken mit den Ländern, Kommunen, der EG sowie anderen zuständigen Behörden und Organisationen:

Beförderung

Die Realisierung durchgehender Beförderungsketten ist unverändert eine zentrale Forderung für barrierefreies Reisen:

- Fahrzeuge und Verkehrsbauten wie Bahnhöfe, Häfen, Flughäfen, Raststätten sind barrierefrei auszugestalten;
- durch fahrzeuggebundene Einstiegshilfen ist ein rascher Ein- und Ausstieg ohne fremde Hilfe zu gewährleisten;
- für sensorisch beeinträchtigte Menschen sind geeignete Leit- und Informationssysteme, z.B. leichtverständliche Anzeigen, gut lesbare Anzeigentafeln, Hinweise in Blindenschrift, zu installieren.

Barrierefreie Gebäude und Gemeinden

Unterbringungsmöglichkeiten, öffentliche Gebäude und Sehenswürdigkeiten müssen auch für behinderte Menschen zugänglich und nutzbar sein:

- grundsätzliche Verpflichtung zum barrierefreien Bauen im touristischen Bereich, einschließlich öffentlich zugänglicher Gebäude wie Schwimmbäder, Kongreßzentren durch Aufnahme der DIN-Normen 18024 und 18025 in die Landesbauordnungen;
- Erlaß von Bauauflagen für größere Hotels zum Einbau einer bestimmten Anzahl barrierefreier Zimmer, Fahrstühle etc.;
- Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften für barrierefreies Bauen im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren;

- Sensibilisierung privater Bauherren durch Bauberatung, Erarbeitung von Checklisten und Good-will-Aktionen;
- verstärkte Berücksichtigung von Behindertenbelangen im Rahmen des Denkmalschutzes;
- verbesserte Integration von Behindertenfragen in das Normungs- und Sicherheitswesen, z. B. bei Fahrstühlen, öffentlich zugänglichen Telefonen, Arbeitsstätten-Richtlinien, Brandschutzmaßnahmen;
- Einhaltung der behindertenrelevanten Baunormen wie DIN 18024/18025 als Kriterium der Gewährung öffentlicher Zuschüsse;
- Selbstverpflichtung des Bundes, die DIN-Normen ausnahmslos einzuhalten;
- Einführung eines Verbandsklagerechts für bundesweit organisierte Behindertenverbände.

Information

Reiseinformationen für behinderte Gäste sollen weitgehend in die allgemeinen touristischen Materialien wie Prospekte, Reiseführer, Kartenwerke einbezogen werden. Anzustreben ist eine möglichst detaillierte Information, z. B. über geographische und topographische Gegebenheiten in der Urlaubsregion, Angaben zur Raumgröße und Ausstattung der Quartiere, um eine eigenverantwortliche Entscheidung zu ermöglichen.

- Einbeziehung behindertenrelevanter Informationen
 - in touristischen Veröffentlichungen und Kartenwerken, die von der öffentlichen Hand herausgegeben werden,
 - in computergestützte Reservierungssysteme und die Touristische Informationsnorm (TIN).

Sonstiges

- Frühzeitige Beteiligung von behinderten Menschen und ihren Vertretungen bei Planung und Entwicklung bis zur Gebrauchsabnahme, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Bau- und Städteplanung;
- verstärkte Berücksichtigung der Anforderungen an barrierefreies Bauen in den Lehrplänen, z. B. der Architekten und anderer baubegleitender Berufe, Aufnahme der Anforderungen an Behindertenreisen in die Ausbildungen für Tourismusberufe;
- Berücksichtigung der Kriterien zur Gestaltung eines barrierefreien Lebensumfelds bei touristischen Wettbewerben wie „Unser Dorf soll schöner werden“;
- Vergabe eines Forschungsauftrags, in dem Bedürfnisse von behinderten Ferien- und Geschäftsreisenden in Bezug auf Beförderung, Unterbringung und Angebot von Aktivitäten und Veranstaltungen untersucht werden.

Bonn, den 1. Dezember 1993

Antje-Marie Steen
Carl Ewen
Robert Antretter
Friedhelm Julius Beucher
Rudolf Bindig
Marion Caspers-Merk
Klaus Daubertshäuser
Dr. Peter Eckardt
Dr. Konrad Elmer
Elke Ferner
Iris Gleicke
Karl Hermann Haack (Extertal)
Klaus Hasenfratz
Reinhold Hiller (Lübeck)
Lothar Ibrügger
Dr. Ulrich Janzen
Susanne Kastner
Klaus Kirschner
Regina Kolbe
Walter Kolbow
Rolf Koltzsch
Volkmar Kretkowski
Horst Kubatschka
Dr. Klaus Kübler
Robert Leidinger
Klaus Lohmann (Witten)
Dr. Dietmar Mattered

Heide Mattischeck
Herbert Meißner
Dr. Franz-Josef Mertens (Bottrop)
Siegmar Mosdorf
Albrecht Müller (Pleisweiler)
Christian Müller (Zittau)
Dr. Rolf Niese
Günter Oesinghaus
Manfred Opel
Dr. Helga Otto
Siegfried Scheffler
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Bodo Seidenthal
Ludwig Stiegler
Dr. Peter Struck
Ernst Waltemathe
Ralf Walter (Cochem)
Barbara Weiler
Lydia Westrich
Inge Wettig-Danielmeier
Dr. Margrit Wetzel
Hermann Wimmer (Neuötting)
Berthold Wittich
Hanna Wolf
Uta Zapf
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

